Bundesrat Drucksache **424/98**

08.05.98

V

Gesetzesbeschluß
des Deutschen Bundestages

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen sowie dem Zusatzprotokoll (Gesetz zum PfP-Truppenstatut)

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 235. Sitzung am 7. Mai 1998 aufgrund der Beschlußempfehlung und des Berichts des Verteidigungsausschusses - Drucksache 13/10545 (neu) - den von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 19. Juni 1995
zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und
den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten
über die Rechtsstellung ihrer Truppen sowie dem Zusatzprotokoll
(Gesetz zum PfP-Truppenstatut)
- Drucksache 13/9972 -

mit folgenden Maßgaben:

1. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
   a) Der bisherige Text wird Absatz 1.
   b) Folgender neuer Absatz 2 wird aufgenommen:

   „(2) Schadensersatzansprüche gegen Mitglieder der Streitkräfte einer Vertragspartei aus Handlungen oder Unterlassungen, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen wurden, werden gemäß Artikel 2 Satz 1 mit § 16 Abs. 5 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. 1995 II S. 554) abgewickelt."

...

Fristablauf: 29.05.98

Erster Durchgang: Drs. 1005/97

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax 0228/3820844
ISSN 0720-2946

2. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Text wird Absatz 1 und Satz 3 erhält folgende Fassung:

„In diese Vereinbarungen sind, gegebenenfalls auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, weitere Regelungen gemäß Artikel 2 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes aufzunehmen, soweit nach ihrem Gegenstand und Zweck erforderlich."

b) Folgender neuer Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Die betroffenen Länder werden beteiligt." ,

im übrigen unverändert angenommen.

Bundesrat Drucksache **424/98** (Beschluß)

29.05.98

Beschluß
des Bundesrates

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen sowie dem Zusatzprotokoll (Gesetz zum PfP-Truppenstatut)

Der Bundesrat hat in seiner 726. Sitzung am 29. Mai 1998 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 7. Mai 1998 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zuzustimmen.

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946